



Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Leverkusen, den 18.09.2019

Antrag der FDP-Ratsgruppe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die nächste Sitzung der zuständigen Gremien der Stadt Leverkusen:

Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt in Anlehnung an die von der Stadt Langenfeld am 2. Juli 2019 einstimmig beschlossene Resolution nachfolgende, auf Leverkusen zugeschnittene Ausführungen:

Resolution

Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan sieht als Maßnahme des vordringlichen Bedarfs den acht-spurigen Ausbau und zwei Standstreifen der Bundesautobahn A 3 –zwischen der Anschlussstelle Leverkusen-Opladen und dem Autobahnkreuz Hilden- vor.

Erste vorbereitende Planungen und Untersuchungen sind bereits seitens des Bundes bzw. des Landesbetrieb Straßen NRW eingeleitet worden.

Der Rat der Stadt Leverkusen stellt fest, dass eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur existenzielle Grundlage für unsere Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort ist. Ebenso führt aber der Ausbau der Infrastruktur neben seinem Nutzen auch zu Auswirkungen negativer Art, wie z.B. eine Erhöhung der Lärmbelastigung, zusätzlicher Flächeninanspruchnahme sowie Eingriffe in Natur und Landschaft. Letzteres betrifft u.a. das FFH-Schutzgebiet Wupperaue.

Der Rat der Stadt Leverkusen spricht sich für einen acht-spurigen Ausbau ohne weitere Standstreifen aus, der die Nutzung des bestehenden Standstreifens nach entsprechender Herrichtung als vierte Fahrspur vorsieht, einschließlich punktuell ggf. erforderlicher Nothaltebuchten, sowie für einen nachhaltigen Lärmschutz auf dem gesamten Streckenabschnitt.

Bei den Planungen in genannter Weise sind aus Leverkusener Sicht zu berücksichtigen:

- a) Die durchgängige Leistungsfähigkeit der A3 auch bei Verkehrsspitzen
- b) Die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Autobahnkreuzes Leverkusen (A1/A3)
- c) Die von Leverkusen geforderte maximale Tunnellösung zur A3 sowie zur A1 (Tunnel statt Stelze)

Der Rat der Stadt Leverkusen weist auf die gesetzliche Aufgabenstellung hin, Eingriffe in Natur und Landschaft soweit als möglich zu vermeiden oder zu minimieren. Er weist ferner darauf hin, dass im Hinblick auf die EU-weiten – und von Deutschland bestätigten – Klimaziele eine Stärkung sowohl des Öffentlichen Personennahverkehrs wie des schienengebundenen Güterverkehrs als leistungsfähige Alternativen einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur anzustreben sind.

Der Rat der Stadt Leverkusen fordert den Bund daher aufgrund vorstehender Ausführungen auf, bei der Planung des acht-spurigen Ausbaus der BAB A 3 die Nutzung des bestehenden Standstreifens als vierte Fahrspur je Richtung ohne weiteren Standstreifen zu gewährleisten und entsprechend einzurichten. Auch ist ein nachhaltiger Lärmschutz auf dem gesamten Streckenabschnitt zu berücksichtigen.

Die vorstehenden Maßnahmen sollen mit einem einzurichtenden Tempolimit und einer digitalen Verkehrslenkung unterstützt werden.

Der Bund wird aufgefordert, die grundsätzlichen Voraussetzungen und rechtlichen Grundlagen für die dauerhafte Nutzbarkeit, ggf. mit temporärer Freigabe des bestehenden Standstreifens als vierte Fahrspur je Richtung ohne weitere Standstreifen und den nachhaltigen Lärmschutz im Sinne der Lärmvorsorge zu schaffen.

Die politischen Vertreter des Bundestages sowie des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, entsprechende gesetzliche Initiativen zu ergreifen.

Begründung

Der geplante acht-spurige Ausbau des Teilstücks der Autobahn A 3 zwischen Anschlussstelle Opladen und Autobahnkreuz Hilden befindet sich in den Anfangsplanungen. Um u.a. für den Stadtteil Opladen nachteiligen Entwicklungen entgegenzuwirken, ist es wichtig, Bedenken und Alternativvorschläge jetzt schon vorzutragen, bevor unwiderrufliche Tatsachen geschaffen worden sind. Je mehr Kommunen sich gegen die bislang bekannten Ausbaupläne des o.a. Streckenabschnitts aussprechen, desto größer ist eine mögliche Einflussnahme gegeben. Von daher sollte die Stadt Leverkusen sich der Resolution der Stadt Langenfeld anschließen.

Friedrich Busch, Ratsherr

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens

Bernhard Marewski

Stefan Hebbel